

Stellungnahme des Integrationsbeirats des Hamburger Senats zu Nationalismus, Intoleranz und Rassismus

Der Integrationsbeirat des Hamburger Senats setzt sich für eine pluralistische Gesellschaft ein. Wir sind davon überzeugt, dass eine offene Gesellschaft sich gegen Rassismus, Intoleranz und Nationalismus zur Wehr setzen muss.

Anlass zu der Stellungnahme sind die Attentate am 15. März 2019 in Christchurch, Neuseeland gegen Muslime und in Sri Lanka am Ostersonntag (21. April) 2019 gegen Christen.

Der Integrationsbeirat warnt vor der Spaltung der Gesellschaft und extremistischer Gewalt. Hierbei ist es egal, ob diese Gewalt von Rechtsextremen, fanatischen Islamisten oder anderen radikalisierten Kräften ausgeht und gegen wen sich die Gewalt richtet. Dabei ist wichtig, zu beachten, dass jedes gewaltsame Agieren. Gewalt geht nicht von Religion aus, sondern von Menschen.

Übergriffe gegen Menschen und Vandalismus an Gotteshäusern nehmen zu. Die absolut überragende Mehrheit der Angehörigen aller Religionen und Weltanschauungen verurteilen Übergriffe gegen andere Menschen.

Nicht selten werden Muslime und der Islam von bestimmten Kräften zu Unrecht mit einem fanatischen Islamismus auf eine Stufe gestellt und als radikal etikettiert. Diese Debatten spielen eine große Rolle in der gegenwärtigen Diskussion um den Islam und den muslimischen Glauben. Vorurteile werden etabliert und genährt und die so geschaffenen bzw. verstärkten Spaltungen in der Gesellschaft von vielen als „normal“ hingenommen. Die absolut überragende Mehrheit gläubiger Muslime verurteilt jede Gewalt, egal von wem sie ausgeht.

Seitens der Politik des Bundes, vor allem aber der Hamburger Politik, ist es Zeit, ein Zeichen zu setzen, das entschieden gegen jegliche Diskriminierung spricht. Es ist hierbei keine Benachteiligung einzelner Gruppierungen zuzulassen.

Unsere Zukunft kann nur in Gemeinschaft mit und unter Teilhabe aller demokratischen und an unserem Grundgesetz orientierten gesellschaftlichen Gruppen gelingen.

Ferner soll ein Gesetzesentwurf geschaffen werden, der mehr praktischen Schutz bietet. Jede Religion, die unser Grundgesetz achtet, hat das Recht auf Schutz und Gleichberechtigung. Der Schutz unserer Grundrechte und Grundfreiheiten ist nicht teilbar, in keine Richtung und von keiner politischen Richtung. Wird er an einer Stelle aufgeweicht, gibt er an allen Stellen nach.